

108.000 Unterschriften gegen Straßenausbaubeiträge

Initiative nimmt erste Hürde für möglichen Volksentscheid

Potsdam Der Wind pfiß durch das Fortunaportal am Potsdamer Landtag, und der Regen klatschte auf das Pflaster, als sich die Volksinitiative für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge am Dienstagmorgen davor versammelte. Sie hatten eine Schubkarre mitgebracht, auf der sie die Unterschriften transportierten, die sie in den vergangenen Wochen gesammelt hatten: Insgesamt 108.000 – und damit fünfmal so viele, wie für eine erfolgreiche Volksinitiative notwendig sind, sagte der Landtagsabgeordnete und Initiator der Initiative, Peter Vida (BVB/Freie Wähler).

Anschließend übergaben die Vertreter der Initiative die Unterschriften im Foyer an die Landtagsverwaltung, die nun vom Landeswahlleiter geprüft werden müssen. Dann hat der Landtag vier Monate lang Zeit, sich mit der Forderung zu befassen. Wenn das Parlament die Abschaffung der Beiträge ablehnt,

kann als nächste Stufe ein Volksbegehren gestartet werden.

Doch danach sieht es derzeit nicht aus. Die Straßenausbaubeiträge sind in den vergangenen Wochen zu einem bestimmten Thema in Brandenburg geworden. Der öffentliche Druck steigt, die Landesregierung ringt um eine Lösung und will das Thema abräumen, bevor es den anstehenden Wahlkampf bestimmt. Brandenburg wählt im September eine neue Landesregierung.

SPD und Linke zeigen sich deshalb verhandlungsbereit. Es dürfe keine soziale Spaltung im Land bei diesem Thema geben, sagte Ralf Christoffers, Vorsitzender der Linksfraktion im Brandenburger Landtag. Auch die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Kathrin Dannenberg hat sich auf dem Jahresausblick der Fraktion, für eine Abschaffung der Beiträge für Grundstückseigentümer ausgesprochen. „Die Frage ist

nicht mehr, ob wir die Straßenausbaubehörden abschaffen, sondern wie“, sagte Dannenberg.

Der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Björn Lüttmann, sagte ebenfalls, man bemühe sich um eine Regelung noch in dieser Legislaturperiode. Ursprünglich wollten die Sozialdemokraten an der umstrittenen Beteiligung der Anwohner an Straßenausbauten festhalten. Die Beiträge seien ein wichtiger Faktor, um die Baukosten zu senken. Und die Anwohner würden zuallererst von den Modernisierungsmaßnahmen profitieren, hieß es. In fast allen Bundesländern werden Straßenausbaubeiträge erhoben. Als eines der letzten Bundesländer hatte Berlin eine entsprechende Regelung 2006 eingeführt, 2014 dann aber wegen des heftigen Widerstands in der Bevölkerung wieder aufgegeben.